



Zur Beachtung!

Dieses Manuskript ist urheberrechtlich geschützt. Der vorliegende Abdruck ist nur zum privaten Gebrauch des Empfängers hergestellt. Jede andere Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Urheberberechtigten unzulässig und strafbar. Insbesondere darf er weder vervielfältigt, verarbeitet oder zu öffentlichen Wiedergaben benutzt werden. Die in den Beiträgen dargestellten Sachverhalte entsprechen dem Stand des jeweiligen Sendetermins.

Beitrag: **Deutscher Rüstungsboom: Mehr Schaden als Nutzen?**

Bericht: Herbert Kordes, Luc Oeppert

Datum: 20.11.2025

Georg Restle: "Die hohen Umfragewerte der AfD; sie dürften auch mit einem anderen Thema zu tun haben: Der schwelenden Industrie- und Wirtschaftskrise im Land. Die Angst vor Jobverlust und sozialem Abstieg kriecht vielen in die Knochen. Wie gut, dass es da die deutsche Rüstungsindustrie gibt. Die Zeitenwende macht's möglich: Das Geschäft boomt und immer mehr Politiker setzen darauf, dass uns die deutschen Rüstungskonzerne jetzt aus der Krise helfen. Ganz vorne mit dabei - na klar, wie immer - Bayerns Ministerpräsident Markus Söder. Auch von dem gibt's gerade jede Menge Streicheleinheiten für die deutsche Rüstungsindustrie.

Markus Söder (CSU), Ministerpräsident Bayern, 25.09.2025: "Wir wollen auch, dass möglichst viele Aufträge aus der Verteidigung heraus nach Bayern kommen und deswegen machen wir jetzt auch ein eigenes Gesetz dafür, ein Rüstungsgesetz, ein Rüstungsindustriengesetz, in dem Unternehmen - so wie hier - auch noch privilegiert werden bei der Entwicklung, bei Genehmigungs-, bei Bürokratiefragen. Aber eben auch beispielsweise in der Kooperation mit den Hochschulen."

Georg Restle: "Privilegien für die Rüstungsindustrie. Dank politischer Zeitenwende stehen der Rüstungsbranche jetzt goldene Zeiten bevor. Die Rheinmetall AG etwa stieg erst vor zwei Jahren in den Dax auf. Und die Dividendenausschüttung pro Aktie stieg seit 2022 kontinuierlich auf mehr als das Doppelte an. In diesem Jahr schüttete das Rüstungsunternehmen insgesamt: 361 Millionen Euro an die Aktionäre aus. Die Frage ist nur: Wie sehr hilft der Boom der Rüstungsindustrie auch der deutschen Wirtschaft insgesamt? Und wer sind am Ende die großen Verlierer?"

Herbert Kordes und Luc Oeppert."

Die Rüstungsindustrie in Feierlaune: Oliver Burkhard, Chef des Rüstungskonzerns TKMS, beim Börsengang seines Unternehmens Mitte Oktober. Am ersten Handelstag geht die Aktie direkt durch die Decke. Ein Traumstart. Die ThyssenKrupp-Tochter TKMS ist Weltmarktführer im U-Boot-Bau. Aufträge über 18,5 Milliarden Euro stehen in den Büchern, die Produktion ist auf Jahre hin ausgelastet. Und das nicht nur bei TKMS. Die Zeitenwende lenkt Milliarden in die Rüstungsbranche - öffentliches Geld, aber auch privates. Unternehmen werden geradezu mit Geld überschüttet. Auch sehr junge Unternehmen. Wir sind unterwegs zu einem dieser jungen Unternehmen. Arx Robotics in der Nähe von München. Arx Robotics produziert diesen Mini-Panzer. Er wird ferngesteuert - und auf seiner Plattform lassen sich Waffen befestigen, aber auch Verwundete transportieren. Inzwischen wird das Gerät auch in der Ukraine eingesetzt. Eine unternehmerische Erfolgsgeschichte. Vor eineinhalb Jahren hatte Arx Robotics keine 20 Beschäftigte, heute sind es 130. Dabei hatte Firmengründer Marc Wietfeld anfangs noch große Probleme, überhaupt an Geld zu kommen.

Marc Wietfeld, Geschäftsführer ARX Robotics GmbH: "Als wir angefangen haben, konnten wir zuerst nicht gründen, weil wir kein Bankkonto eröffnen konnten. Also da kam unheimlich viel zusammen, mit dem größten Gegenargument auch noch Rüstung. Das war etwas, wo Investoren kein Geld drin parken wollten. Heute gehen wir nicht mehr zu Banken oder Investoren, sondern die kommen zu uns."

Im Grunde ist die Sache ganz einfach. Seit die Bundesregierung etliche Milliarden in die Rüstung stecken will, ziehen auch private Investoren nach. Eine Analyse zeigt das. Im ersten Halbjahr 2024 flossen in Deutschland noch Privatinvestitionen von 54 Millionen Euro an Start-Ups im Bereich Luftfahrt und Verteidigung - da geht es vor allem um militärische Anwendungen. Im ersten Halbjahr dieses Jahres waren es schon 996 Millionen Euro. Zeitenwende. Mehr Geld für Rüstung. Spitzenpolitiker, die pressewirksam Kampfdrohnen streicheln. Alles nur eine Erfolgsgeschichte? Der Volkswirt Tom Krebs ist überzeugt, für andere Branchen ist dann weniger Geld da.

Prof. Tom Krebs, Ökonom, Universität Mannheim: "Wenn die Bundesregierung sehr viel Geld jetzt ausgibt für zusätzliche Militärgüter, dann heißt das automatisch, dass das private Kapital jetzt auch dem öffentlichen Kapital folgen und alle in eine Richtung gehen, weil wir halt nur über Militärtechnik diskutieren und weil wir nur diskutieren, wie viel mehr zusätzliche Staatsgelder wir in Militärspektoren stecken können, und das ist das Problem. Das ist der Verdrängungseffekt."

Was damit gemeint ist? Das zeigt sich etwa bei Investitionen für erneuerbare Energien. Im ersten Halbjahr 2024 stellten private Geldgeber noch 482 Millionen Euro für die Ausrüster von Erneuerbaren bereit. Dieses Jahr nur noch 309 Millionen, 36 Prozent weniger. Aber was bedeutet das für die Unternehmen vor Ort? Wir fahren weiter nach Dachau: Hier sitzt die Gridparity AG.

Gridparity stellt PV-Anlagen zusammen, etwa für die Landwirtschaft. Hier in der Produktion arbeiteten vor kurzem noch 14 Leute - das Geschäft lief gut und sollte ausgebaut werden. Jetzt sind nur noch drei Beschäftigte da, und Eva Muhle aus der Geschäftsführung geht vorbei an leeren Regalen. Die gerade eingerichteten Büros sind verwaist. Auch weil Banken für ihre Kunden keine Finanzierungen mehr übernehmen wollen, sagt Eva Muhle.

Eva Muhle, Geschäftsführung GridParity AG: "Photovoltaikanlagen sind einfach gerade kritisch im Investmentbereich. Heißt, ein Investor oder auch eine Bank geht nicht gerne das Risiko ein, wenn die Branche eigentlich gerade so ein bisschen ... ja, heruntergeschraubt wird und gesagt wird, okay, wir müssen in andere Dinge investieren."

Eine ganze Branche heruntergeschraubt. Vor allem von der Politik. Wirtschaftsministerin Reiche von der CDU hat die Förderung neuer PV-Anlagen deutlich in Frage gestellt. Dafür sieht sie in der Rüstung einen Wachstumsmotor. Zitat:

Zitat: "Aufrüstung ist ein sicherheitspolitisches Gebot. Es ist aber auch eine wirtschaftliche und eine technologische Chance für Deutschland."

Aber ist das wirklich so? Ist die Rüstungsindustrie der neue Wachstumsmotor für die Gesamtwirtschaft? Eher nicht, sagen Fachleute:

Prof. Tom Krebs, Ökonom, Universität Mannheim: "Unsere Analysen haben gezeigt, dass ein zusätzlicher Euro Staatsausgaben für das Militär die gesamtwirtschaftliche Produktion nur um 0,50 Euro steigern oder vielleicht sogar weniger. Das ist im Vergleich zu Staatsausgaben für öffentliche Infrastruktur oder für den Ausbau der Kinderbetreuung in den Kitas sehr gering."

Wie bitte? Der KiTa-Ausbau bringt mehr für die Gesamtwirtschaft als die Rüstung? Nochmal im Detail. Krebs schätzt nach der Auswertung von Studien, dass ein Euro - investiert in die Rüstung - gerade einmal 50 Cent für die Gesamtwirtschaft bringt, durch zusätzliche Arbeitsplätze etwa. Ein investierter Euro in die Infrastruktur bringt demnach zwei Euro für die Gesamtwirtschaft. Und ein investierter Euro in die Ganztagsbetreuung sogar drei Euro, weil dann mehr Eltern arbeiten können. Gesamtwirtschaftlich bringt der Rüstungsboom also wenig. Investiert wird trotzdem, auch in Wissenschaft und Forschung. Wir fahren nach Würzburg, denn in Bayern lässt sich das besonders gut beobachten. Das Land hat sich eine High-Tech-Agenda gegeben. Fast 1.000 neue Professuren sind seither landesweit entstanden - viele davon in den Bereichen KI und Supertech Auch an der Uni Würzburg, wo allein fünf neue Informatik-Lehrstühle entstanden sind. Daniel Janke studiert hier Luft- und Raumfahrtinformatik. Ein Studiengang, der auch für die Rüstungsindustrie interessant ist.

Daniel Janke, Student der Luft- und Raumfahrtinformatik: "Wir haben regelmäßig den Fall, dass auch Vertreterinnen und Vertreter von Unternehmen – gerade aus dem Rüstungsbereich - mit drinnen sitzen in Vorlesungen. Die schauen, wer gut mitarbeitet, wer sich aktiv beteiligt an der Vorlesung, und diese Leute dann wirklich, wortwörtlich aus der Vorlesung heraus abwerben."

Und in Bayern können die Hochschulen jetzt sogar gezwungen werden, militärisch zu forschen und mit der Bundeswehr zusammenzuarbeiten! Das Gesetz zur Förderung der Bundeswehr sieht vor, dass das "im Interesse der nationalen Sicherheit" angeordnet werden kann. Der Geisteswissenschaftler Eduard Meusel sieht darin einen Angriff auf die grundgesetzlich garantierte Freiheit der Wissenschaft.

Eduard Meusel, Sprachwissenschaftler, Bayer. Akademie d. Wissenschaften: "Wissenschaft soll selbst die Möglichkeit haben, sich zu entscheiden, mache ich eine Forschung für die Bundeswehr oder bekenne ich mich zu einer friedlichen Forschung? Diese Möglichkeit wird den Hochschulen, den wissenschaftlichen Einrichtungen jetzt genommen."

Meusel hat sich einer Verfassungsbeschwerde gegen das Gesetz angeschlossen. Dazu schreibt uns Bayerns Wissenschaftsminister:

Zitat Markus Blume: "Die Zeitenwende muss auch in unseren Hochschulen und Forschungseinrichtungen ankommen. (...) Naiver Pazifismus ist heute eine Gefahr für Deutschland."

Naiver Pazifismus? Die Friedensforscherin Nicole Deitelhoff hat die Sorge, dass hier gerade etwas ganz Entscheidendes unter die Räder kommt.

Prof. Nicole Deitelhoff, Leibniz-Institut für Friedens- und Konfliktforschung: "Natürlich müssen wir uns um unsere Sicherheit beispielsweise kümmern, müssen investieren. Aber das ist nicht alles, worauf es ankommt, sondern wir müssen gleichzeitig - und eng damit verknüpft - dafür sorgen, dass wir auch friedensfähig bleiben. Und das heißt, auch Strategien zu entwickeln, wie man aus so einer Aufrüstungslogik herauskommt."

Die Zeitenwende: Eine neue Aufrüstungslogik, die uns verteidigungsfähiger macht, nicht unbedingt friedensfähiger. Und die uns wohl weit weniger aus der Wirtschaftskrise hilft, als manche gerne glauben wollen.

Georg Restle: "Die Zeitenwende, der Rüstungsboom, das hat natürlich vor allem mit dem verbrecherischen Angriffskrieg Russlands auf die gesamte Ukraine zu tun. Erst gestern wurden bei einem russischen Raketenangriff auf dieses Wohnhaus in der Westukraine mindestens 25 Zivilisten getötet."